

**Gegenstand: Haushaltssatzungen 2010 der Stadt Speyer,
der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der
Kolbstiftung - Haushaltsreden der Fraktionen - Ratsbeschluss**

Haushaltsrede CDU - Dr. Gottfried Jung:

Der vorliegende Haushaltsentwurf bildet die Lebenswirklichkeit ab. Er hebt den stetig wachsenden Sozialhaushalt hervor, dessen Ursache in gesellschaftlichen Veränderungen liegt.

Speyer ist in der Betreuung für Schulkinder führend in RLP. Trotzdem fordert er weiter steigende Anstrengungen auf diesem Sektor. In der Schulsozialarbeit entzieht sich das Land der Verantwortung bei den weiterführenden Schulen.

Er spricht allen Aktiven im Projekt Soziale Stadt – Speyer-West und Nord – ein großes Dankeschön aus.

Im Schwerpunktthema Bildung und Schulen stellt er weiter fest, dass sich an der Burgfeldschule mit 8 zusätzlichen Lehrerstunden (womöglich zeitlich befristet) kein Ganztagsbetrieb bewerkstelligen lässt. Das Land hat wiederholt, gegen den Willen der Berufsbildenden Schule und des Stadtrats, auch die Einführung eines G8-Wirtschaftsgymnasiums ohne Angabe von Gründen abgelehnt.

Er weist in diesem Zusammenhang auf eine neue Kuriosität des Landes hin: die Schulbuchausleihe. Nach dem Willen der CDU sollte diese durch die Schulen erfolgen, die SPD hat aber beschlossen, dies in die Zuständigkeit des Schulträgers zu übertragen.

Weitere wichtige Aspekte der Lokalpolitik sind der Faktor Demografie mit einer senioren- und behindertengerecht barrierefreien Gestaltung des Lebensumfeldes und eine Umgestaltung des ÖPNV mit umweltfreundlichen Beförderungsmitteln. Auch die Förderung des Ehrenamtlichen Engagements liegt der CDU am Herzen. Sportvereine z.B. sind Garanten für ein lebendiges Sportleben in der Stadt

Klimaschutz beginnt vor Ort – er verweist auf das Thema Klimaschutzprogramm, das lokal auf Antrag der CDU schon beschlossen wurde und jetzt auch auf Landesebene aufgegriffen wird. Die Leitlinie muss in allen Bereichen gelebt werden. Er sieht darin eine Chance für die SWS und das Handwerk vor Ort. In diesem Zusammenhang regt er einen Beteiligungsfond für regenerative Energien zusammen mit der Sparkasse an.

In Sachen Lärmschutz an der B 9 verweigert sich das Land einer Geschwindigkeitsbeschränkung. An der A 61 könnte er sich Lärmschutz durch eine Photovoltaikwand vorstellen, die dem Schallschutz und der Stromgewinnung dient.

Zur Stadtplanung stellt er folgenden

Antrag: Für den gesamten Rheinuferbereich soll die Verwaltung einen Masterplan aufstellen, der die öffentliche Nutzung zwischen Erlus-Gelände und neuem Rheinhafen erlaubt und regelt.

Im Hinblick auf das Leitbild der Stadt Speyer fordert er eine Fortschreibung der Zukunftswerkstatt.

Das Defizit im Haushalt ist der Verwaltung nicht vorwerfbar. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Ausstattung der Kommunen mit Landesmitteln sind in RLP, verglichen z.B. mit BW, deutlich schlechter.

Die CDU stimmt dem Haushaltsentwurf 2010 zu.

Abschließend würdigt er die Verdienste des scheidenden Bürgermeisters Brohm.

Haushaltsrede SPD - Dr. Markus Wintterle:

Er beginnt seine Rede mit dem Adenauer-Zitat „Die Situation ist da“ und bezeichnet die Haushaltslage als bedenklich, wenn nicht dramatisch. Der vorgelegte Haushaltsentwurf bewegt sich angesichts der Krise bei den Einnahmen auf sehr dünnem Eis.

Die Entwicklung des Haushaltsdefizits erläutert er an Eckdaten. Dabei nimmt er Bezug auf eine Haushaltsrede des jetzigen OB von 1992. Von einer Haushaltskonsolidierung ist man weit entfernt. Der Haupt- und Stiftungsausschuss sollte nach Einsparungsmöglichkeiten suchen. Dabei wird seitens der SPD ein entsprechender Vorschlag der Verwaltung erwartet, bei welchen freiwilligen Leistungen gespart werden kann.

Die Haushaltslage der Kommunen ist tatsächlich nicht hausgemacht. Man sollte die Parteibrillen ablegen und mit dem Land und dem Bund darüber sprechen, wie wichtig die Kommunen sind. Er fordert: Finger weg von den kommunalen Haushalten!

In diesem Zusammenhang stellt die SPD den

Antrag: Der nächste Haushalt soll ein Bürgerhaushalt sein,

um die Bürger an der Aufstellung des Haushaltes mit einzubeziehen.

Er fordert Stadtplanung über den Tag hinaus. An einer Gesamtplanung habe es in den vergangenen Jahren gefehlt; er nennt das Beispiel Erlus-Gelände. Daher muss die Stelle des Stadtbaudirektors wieder besetzt werden. Er regt zudem an, einen Planungsbeirat einzurichten. Zusätzlich sollten solche Prozesse unter Bürgerbeteiligung erörtert werden.

Bei der Sportförderplanung sollte schon an Über-Übermorgen zusammen mit den Vereinen gedacht werden.

Der Stadtrat ist nicht mehr solitär – auf Antrag der SPD wurde am 10.12.2009 der Jugendstadtrat gewählt. Die SPD-Fraktion bietet den Jugendstadträten an, gemeinsam mit dem Stadtrat zu arbeiten.

Nach Auffassung der SPD muss Schule im sozialen Umfeld stattfinden. Die Burgfeldschule ist dabei von besonderer Bedeutung. Die Stadt muss zu den 8 vom Land bereits genehmigten Stunden noch Einiges hinzufügen, z.B. die Sicherstellung des Schulessens. Er lehnt es ab, Schulen in den Quartieren zu schließen. Alle sollen sich dafür einsetzen, dass die Anmeldezahlen erreicht werden und eine Realschule plus realisiert werden kann.

Er plädiert für offene Zusammenarbeit – auch kontrovers – im Rat. Es darf keine Geheimsitzungen im Kabinett geben.

Die SPD stimmt dem Haushalt der Stadt aus Verantwortung zu. Dem Haushalt der Bürgerhospitalstiftung und den Teilen des Haushalts, die den Flugplatz betreffen, stimmt die SPD aus den bekannten Gründen nicht zu.

Haushaltsrede SWG - Hermann Preuß:

Die Beratung des Haushaltes 2010 steht unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine Erhöhung des Defizits um rund 3,3 Mio. € auf jetzt insgesamt 27 Mio. €. bedeutet eine pro Kopf Verschuldung von 540 € auf alle Bürger der Stadt verteilt

Insbesondere der Teilhaushalt 4 mit einem Anteil von über 46 % am Gesamthaushalt findet Erwähnung, vor allem auch im Hinblick auf die Kosten für den gesetzlich zugesicherten Anspruch auf Kinderbetreuung, für den insgesamt 33 neue Stellen geschaffen werden müssen.

Neben der Vielzahl von gesetzlich vorgeschriebenen und nicht beeinflussbaren Pflichtaufgaben hat der Rat noch einen kleinen Handlungsspielraum bei den freiwilligen Leistungen wie Volkshochschule, Musikschule, Stadtbibliothek, Kulturbetrieb und Sportförderung, mit denen die Politik verantwortlich umgehen muss. Besondere Erwähnung finden die Fusion des FC Speyer 09 und der Neubau einer Judosporthalle, die ohne Unterstützung der Stadt kaum möglich wären.

Im Hinblick auf die Einbrüche bei der Gewerbesteuer und den Anteil am Einkommenssteueraufkommen auf Grund der Wirtschaftskrise fordert die SWG u.a. folgende Schritte zur Haushaltskonsolidierung:

- Reform der Gemeindefinanzen zur Vermeidung eines Kollaps der kommunalen Haushalte,
- sozial verträgliche Verschlankung der Gemeindeverwaltungen,
- professionelle betriebswirtschaftliche Steuerung der Haushalte durch Zielvorgaben der einzelnen Produkte,
- Kooperation und Koordination mit den Umlandgemeinden,
- zielorientierte kommunale Verwaltungs- und Gebietsreform,
- Einbeziehung der Bürger in den Prozess der Spar- und Meinungsfindung ,
- Finanzdebatte im Haupt- und Stiftungsausschuss über die einzelnen Teilhaushalte, mit Sichtung und Begutachtung des Produkthaushalts hinsichtlich Einsparmöglichkeiten.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung sollten die vorhandenen Gewerbeflächen nur an solvente Investoren vergeben werden und für den Handel ein zentrales Konzept unter Koordination der Wirtschaftsförderung entwickelt werden.

Er bedankt sich insbesondere bei Herrn Bürgermeister Brohm für dessen Leistungen. Die SWG-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan zu.

Haushaltsrede Bündnis 90/Die Grünen - Johannes Jaberg:

Die kommunalen Haushaltsberatungen stehen unter dem Eindruck der Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung, die Steuereinnahmen der Kommunen weiter zu beschneiden. Er stellt fest, dass noch immer keine Eröffnungsbilanz vorliegt. Die Darstellung in Teilhaushalte und Produkte erleichtern nicht die Lesbarkeit des gewaltigen Werkes.

Besonders stellt er auf Kostensteigerungen im Sozial- und Jugendbereich ab. Bedingt durch Erziehungsdefizite steigen die Kosten für Heimunterbringungen laufend. Alle Maßnahmen, die so etwas zu vermeiden helfen, sind richtig (z.B. Projekte "Soziale Stadt", "Lernen vor Ort").

Bündnis 90/Die Grünen fordern eine Fortschreibung des Armutsberichtes in Speyer.

Mit Blick auf die Förderung des Ehrenamtes stellt er die Frage, was das Leben in Speyer ohne ehrenamtliche Betätigung wäre. In diesem Zusammenhang regt er an, die Postgalerie für ehrenamtliche Aktivitäten teilweise zu öffnen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Judosportverein, Stadt und Schulen wird helfen, aus dem Hallenneubau einen vollen Erfolg werden zu lassen.

Er gratuliert den 18 Mitgliedern des Jugendstadtrates zur Wahl. Immerhin 1800 Wählerinnen und Wähler haben ihre Stimme abgegeben. Der Jugendstadtrat könnte auch als Ansprechpartner für einen "Runden Tisch Jugend in Arbeit" dienen.

Er spricht sich für einen kostenlosen oder stark reduzierten Zugang zu öffentlichen Einrichtungen für sozial Schwache und Personen mit Migrationshintergrund aus.

Für die Ganztagsbetreuung von Kindern sollten verstärkt auch die Betriebe in die Pflicht genommen werden.

Vor genau einem Jahr wurde der Bebauungsplan zum Erlus-Gelände gegen die Stimmen der Grünen und der BGS beschlossen. Es kann keiner behaupten, er hätte nichts gewusst. Bisher fristet das Gelände ein trauriges Los als Industriebrache. Ein Städtebauwettbewerb wird auch seitens der Grünen befürwortet wie die Forderung nach einem/r Stadtbaudirektor(in). Auch die Bürger sind bei solchen Planungsverfahren zu beteiligen.

Nach dem Urteil des OVG steht für die Grünen fest: der Speyerer Landeplatz wird zum Regionalflyhafen mit der längsten Landebahn in der Metropolregion und mit einem Weltkulturerbe in der Einflugschneise ausgebaut. Die Grünen werden nichts unversucht lassen, gegen diesen Wahnsinn anzukämpfen. Hier werden wieder Wirtschaftsinteressen gegen die Interessen der Menschen durchgesetzt.

In der Verkehrsplanung stellt er folgende Forderungen auf:

Bündnis 90/Die Grünen fordern eine Umwidmung der Mühlturnstraße in eine Fahrradstraße

Der Postplatz soll in einen Shared-Space-Bereich umgewandelt werden.

Der OB hat nach seiner Auffassung einen starken Hang zum Privatisieren und Outsourcen (Altenheim, Krankenhaus). Der beschlossene Fernwärmebezug von den MVV schwächt nach Ansicht der Grünen die Stellung der Stadtwerke Speyer.

Die Installation eines weiteren Beigeordneten bezeichnet er als rein parteipolitisches Kalkül. Die Dezernenten haben ohnehin kaum mehr Gestaltungsspielraum, warum sollte also noch mehr Geld dafür ausgegeben werden.

Bündnis 90/Die Grünen schließen sich der Forderung nach einem Bürgerhaushalt ebenfalls an und werden sich bei der Abstimmung über den Haushalt enthalten.

Haushaltsrede BGS - Claus Ableiter:

Er beginnt seine Rede mit einem Zitat von Lao-Tse: „Schöne Worte sind nicht wahr, wahre Worte sind nicht schön“. Inhaltlich schließt er sich den Worten der OB-Kandidaten der SPD und der Grünen grundsätzlich an.

Er spricht von einer katastrophalen Vermengung von Kameralistik und kaufmännischer Buchführung. Die Regelungen der Vorschriften in RLP sind teilweise ziemlich verrückt. Der

Städtetag, der dem Land die Doppik abgerungen hat, hätte sich da mehr einbringen müssen, um Dinge wie die Bewertung von Straßen und Gräbern zu beseitigen. Er hat daher auch Verständnis dafür, dass noch keine Eröffnungsbilanz vorliegt.

Die Kassenkredite werden vom OB in seinen Darlegungen zum Haushalt 2010 verschwiegen. Unter deren Berücksichtigung steht Speyer nicht so gut da, wie in dessen Haushaltsrede geschildert.

Er kritisiert das Ritual der Schuldzuweisungen an Bund und Land. Man fordert immer nur mehr Geld, sagt aber nicht, was die jeweiligen Regierungen anders machen müssten. Es wird geklagt, anstatt Druck auf die „verfluchten“ Abgeordneten auszuüben.

Viele Menschen geraten in die Armutsfalle durch 400 €-Jobs, wenn sie pensioniert werden. Die großen Parteien sollten sich damit befassen, diese drohende Altersarmut zu beseitigen. Dazu ist auch eine qualifizierte Ganztagsbetreuung notwendig, um Eltern flexible Arbeitsleistungen zu ermöglichen.

Die CDU weint nun Krokodilstränen wegen der nicht genehmigten Realschule plus an der Burgfeldschule, die sie vor einiger Zeit noch schließen und durch eine Außenstelle des HPG ersetzen wollte.

Bezüglich der Träume von einer Erhöhung der Einwohnerzahlen durch Eingemeindungen der Nachbarorte wirft er die Frage auf, ob sich Speyer diesen Gemeinden gegenüber so verhalten hat, dass die Bürgerinnen und Bürger sich nach Speyer eingemeinden wollen. Die südlichen Nachbarn z.B. werden mit der Einflugschneise des Flugplatzes belegt. SP-Nord ist größer als Dudenhofen + Hanhofen + Harthausen zusammen. Der größte Sportverein in diesem Stadtteil erhält für seine AH-Mannschaft gerade mal eine Stunde in den drei Sporthallen dort. Wer so mit Nachbarn und Stadtteilen umspringt, braucht sich nicht zu wundern, dass die Gemeinden keinerlei Interesse an einer solchen Fusion mit Speyer haben.

Zum Thema Flugplatz äußert er, dass 10 Mio. € aufgewendet werden sollen, um den Arbeitsplatzvernichtern der BASF ein komfortables Sprungbrett nach China zu schaffen.

Es wird derzeit eine monströs-hässliche Schließe für den Hochwasserschutz der Altstadt gebaut, die nur einen unzureichenden Schutz gewährleistet. Dafür sollten Investitionsmittel in die Hand genommen werden, nicht für den Flugplatz.

Die Umrüstung der Ampelanlagen auf energiesparende LED-Technik erfolgt 2010 erst 5 Jahre, nachdem die BGS dies gefordert hat. Und das Ganze nur aus Gründen der grundsätzlichen Ablehnung von BGS-Anträgen. Zwischenzeitlich hätten sich die Investitionskosten durch die Einsparungen bei den Energiekosten (nur 5 % Verbrauch) bereits amortisiert. Genauso verhält es sich mit der Anschaffung von Elektrofahrzeugen für den Dienstbetrieb oder der Aufheizung des Bademaxx-Beckens im Sommer durch Sonnenenergie.

Die BGS ist gegen eine Fusion der Sparkasse, egal mit wem. Großbanken neigen zum Größenwahn und haben einen wirtschaftlichen Schaden verursacht, den sonst nur ein Krieg auslösen würde.

Die Vorgänge um die Bebauung des Erlus-Geländes stehen in der Tradition, dass Bauträgern immer wieder Erlaubnisse für hässliche Bauklötze erteilt werden, die die Schönheit unserer Stadt verunstalten.

Die BGS-Fraktion lehnt den vorliegenden Haushaltsentwurf ab.

Haushaltsrede FDP - Dr. Heinz-Dieter Jakumeit:

Die Wahlen 2009 haben das bürgerliche Lager in Speyer gestärkt. Die FDP ist bei Erhalt der Eigenständigkeit eine Partnerschaft mit CDU und SWG eingegangen.

Er hebt die Tätigkeiten des neuen ehrenamtlichen Beigeordneten besonders hervor:

- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements über Ehrenamtsbörse und Netzwerke ehrenamtlich Tätiger
- Integration von Generationen und Menschen mit und ohne Migrationshintergrund
- Vernetzung des Beirates für Migration und Integration in einen kommunalen Integrationsplan

Der Wert der Wohnstadt Speyer soll qualitativ verbessert werden durch Wirtschaftswachstum und den Ausbau des kulturellen, touristischen sowie gastronomischen Angebots.

Hierzu gehört auch eine Verbesserung des ÖPNV-Angebotes mit der Erweiterung der S-Bahn-Anbindung über Ludwigshafen-Mannheim-Heidelberg Richtung Frankfurt und Karlsruhe. Die Verminderung von Feinstaubbelastung und Lärm sollte den Rat mehr beschäftigen.

Er fordert, die Rahmenbedingungen für Kinderbetreuung und Nahversorgung zu fördern, auch durch entsprechende Wohnbebauung und die gezielte Ansiedlung von entsprechenden Einrichtungen. Auch die gesundheits- und sozialfördernden Angebote sollen überall in zumutbarer Erreichbarkeit liegen. Die Schaffung und Erhaltung von Grünschnitten, des Auwaldes und von Grünanlagen stelle ebenfalls eine Kernforderung dar.

Im Jugend- und Sozialmanagement soll mehr ehrenamtliches Engagement gefördert werden.

Daneben muss ein lebensbejahendes Lehrangebot erhalten und ausgebaut werden – auch in Zusammenarbeit mit dem Rhein-Pfalz-Kreis, dessen Kinder die Schulstadt Speyer nutzen. Der Schulalltag muss eine gesunde Entwicklung zulassen. Dazu gehört die kostenlose Bereitstellung von gesundem Schulessen für alle. Auch im gymnasialen Bereich sind mehr Ganztagsangebote vorzusehen.

Der Druck auf das Bildungsministerium muss erhöht werden, um das Wirtschaftsgymnasium endlich realisieren zu können.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt 2010 zu.

Haushaltsrede Linke - Wolfgang Förster:

Er sieht im Haushaltsentwurf 2010 für Speyer eine Verwaltung des Mangels. Dieser wurde verursacht durch die verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik rot-grün und wird fortgesetzt durch schwarz-gelb.

Mangel wird nicht durch Sparen gelöst, sondern durch vernünftiges Umverteilen. Nicht aber durch Steuererleichterungen für die Reichen zu Lasten der Armen.

Die Linke sagt Nein zum Flugplatz, aber Ja zur Judosporthalle und zu einer guten Bebauung des Erlus-Geländes. Vernünftig ist der Bau von Wohnungen, die nicht den Mietspiegel verteuern, was auch zu Lasten sozial Schwacher geht.

Er schließt sich der Forderung nach einem Bürgerhaushalt an.

Die Linke fordert kleinere Klassen an den Schulen und Gruppen in den Kindergärten. Außerdem verlangt er eine gerechte Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes.

Er beschließt seine Rede mit dem Luther-Zitat: "Wenn die (Handels-/Bank-)Gesellschaften bestehen, wird das Soziale untergehen. Soll das Soziale bestehen, müssen die Gesellschaften untergehen."

Die Linke wird dem Haushalt nicht zustimmen, da sie auch nicht an der Beratung beteiligt war.

Beschluss:

Der Stadtrat verabschiedet mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen (BGS-Fraktion, Linke) und 6 Enthaltungen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), die Haushaltssatzungen 2010 mit den Haushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt der Bürgerhospitalstiftung und den Teilen des städtischen Haushalts, die den Flugplatz betreffen, nicht zu.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Wahl des/der ehrenamtlichen Beigeordneten
Vorlage: 0115/2009

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass ein Wahlvorschlag der FDP-Fraktion vorliegt. Seitens der Fraktionen werden keine weiteren Vorschläge für die Wahl des Dezernenten gemacht.

Herr Dr. Wintterle möchte sich aus Respekt zur Person nicht äußern. Die 400 € Aufwandsentschädigung sind nach Ansicht der SPD-Fraktion jedoch zum Fenster hinaus geworfenes Geld.

Dem Vorsitzenden des Beirates für Migration und Integration, Herrn Milan Kostić, wird das Wort erteilt. Dieser stellt fest, dass nach 15 Jahren Ausländerbeirat nun ein politischer Posten geschaffen wird, während dem gewählten Beirat gerade einmal 350 € Mittel pro Jahr zur Verfügung gestellt werden. Er wirft die Frage auf, wie sich der Rat die Arbeit eines solchen Beirates mit einer so geringen finanziellen Unterstützung vorstellt.

Herr Claus Ableiter bittet darum, dass sich der Kandidat der FDP dem Stadtrat in einigen Sätzen vorstellt. Herr Dr. Böhm kommt dieser Bitte nach.

Herr Dr. Wintterle kündigt für die SPD-Fraktion in Absprache mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die nächste Ratssitzung als Antrag an, dass der Beirat für Migration und Integration mindestens die gleiche finanzielle Ausstattung im Monat erhalten soll wie der ehrenamtliche Beigeordnete.

Auf Bitte des Vorsitzenden entsenden die Fraktionen von CDU und SPD Frau Seiler und Frau Wöhlert als Mitglieder in den Wahlvorstand zur Auszählung der Stimmzettel nach § 26 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Stadtrates.

Die Ratsmitglieder werden namentlich in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe aufgerufen. Die Wahlhandlung erfolgt per Stimmzettel in geheimer Wahl (Wahlkabine). Für die Stimmabgabe ist eine leere Wahlurne vorbereitet, die vor Beginn der Wahl von den Mitgliedern des Wahlvorstandes überprüft und verschlossen wurde.

Nach Abschluss der Wahlhandlung wird die Urne geöffnet und die Stimmzettel ausgezählt.

Nach § 40 Abs. 3 GemO ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen, gültigen Stimmen erhält. Die erforderliche Mehrheit bei 42 gültigen Stimmabgaben ist mit 22 Stimmen erreicht. Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruht nach § 36 Abs. 3 GemO bei Wahlen.

Der Vorsitzende verkündet das Wahlergebnis:
Es wurden 42 Stimmzettel abgegeben; davon sind 42 gültig.
23 Stimmzettel lauten auf "Ja", 19 Stimmzettel sind mit "Nein" gekennzeichnet.

Damit ist Herr Dr. Wolf Böhm im ersten Wahlgang zum ehrenamtlichen Beigeordneten der Stadt Speyer gewählt.

Herr Dr. Böhm nimmt die Wahl an.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Amtseinführung des/der ehrenamtlichen Beigeordneten

Der Vorsitzende unterzeichnet die Ernennungsurkunde für den Beigeordneten.

Aufgrund der vorangegangenen Wahl ernennt er Herrn Dr. Wolf Böhm unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit als Ehrenbeamter für die Wahlperiode des am 07.06.2009 gewählten Stadtrates zum dritten Beigeordneten der Stadt Speyer.

Eine Vereidigung ist auf Grund der früheren Tätigkeit von Herrn Dr. Böhm nicht erforderlich. Die Übertragung des Geschäftsbereiches erfolgt mit Beschluss zu TOP 5. Danach werden die Aufgabenbereiche:

- Förderung des Ehrenamtes
- Migration und Integration
- Umsetzung der Millenniumsziele auf kommunaler Ebene

als Geschäftsbereich zugeordnet.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Besoldung der hauptamtlichen Beigeordneten 2010
Vorlage: 0144/2009

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die BGS-Fraktion hält laut Herrn C. Ableiter den Posten des Beigeordneten für entbehrlich und ist nicht zufrieden mit dessen Amtsführung. Daher wird die BGS die Besoldungserhöhung ablehnen.

Herr Dr. Wintterle kritisiert, dass die Entscheidung über die Erhöhung der Besoldung des Beigeordneten zeitlich zu früh ist. Sie sollte zeitnah zum vorgesehenen Beförderungstermin erfolgen.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt einstimmig, Frau Bürgermeisterin Monika Kabs zum 01.03.2010 in die Besoldungsgruppe B 3 einzustufen.

Frau Kabs hat an der Beratung und der Abstimmung nicht teilgenommen.

2. Der Stadtrat stimmt einer Höherstufung von Herrn Beigeordneten Frank Scheid nach Besoldungsgruppe B 2 zum 01.09.2010 mit 23 zu 19 Stimmen mehrheitlich zu.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: Dezernatsverteilung zum 01.03.2010
Vorlage: 0143/2009

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der von der Verwaltung vorgeschlagenen Dezernatsumbildung entsprechend § 50 Abs. 4 S. 4 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz mit 23 zu 10 Stimmen mehrheitlich zu.

Die Zuordnung der Geschäftsbereiche von Frau Kabs und Herrn Scheid wird zum 01.03.2010 wirksam. Die Zuordnung des Geschäftsbereichs von Herrn Dr. Böhm wird mit der Ernennung wirksam.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

**Gegenstand: Herstellung höherer Verkehrssicherheit am Technik-Museum;
Antrag der BGS-Stadtratsfraktion vom 30.10.2009
Vorlage: 0112/2009**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Zur Begründung des Antrages verliest Herr Hofmann nochmals den Antragstext.

Der Vorsitzende verweist auf eine Studie über den Verlauf der K 2, die bis zum Technik-Museum reicht. Diese müsste in die Beratung einbezogen werden. Er schlägt eine Verweisung in den Umwelt- und Verkehrsausschuss vor.

Beschluss:

Der Stadtrat verweist den Antrag der BGS-Stadtratsfraktion einstimmig zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

**Gegenstand: Aufnahme der Speyerer Schulen in das Schulobstprogramm;
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 11.11.2009
Vorlage: 0114/2009**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Winterle verliest den Antrag zur mündlichen Begründung nochmals. Er weist darauf hin, dass es bereits einige Verteilaktionen von Schulobst gab, z.B. durch Tatort-Speyer. Nicht alle Schüler/-innen haben das Glück, eingepacktes Essen in die Schule mitzubekommen.

Herr Dr. Jakumeit bezeichnet das Schulobstprogramm als sehr wichtig; es sollte jede mögliche Unterstützung erfahren. Bei der Forderung nach Erstellung eines ernährungspädagogischen Konzeptes hat die SPD offenbar sehr wenig recherchiert. Eine Musterschule in Berlin hat bereits ein solches Konzept entwickelt, das vom Bundes-Ernährungsministerium unterstützt wird. Ab 2010 kann sich jede Schule an diesem Projekt beteiligen.

Die BGS-Fraktion unterstützt durch Herrn Ableiter den Antrag.

Frau Münch-Weinmann sieht die Auflage des EU-Schulobstprogrammes und die Übernahme für Speyer positiv. Sie fordert, das Obst sollte Bio-Qualität haben. Auch die Lehrer sollten sich in diesem Programm aktiv engagieren.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 1 Enthaltung), den Schuldezernenten mit der Prüfung zu beauftragen, ob in den Speyerer Schulen die Aufnahme in das Schulobstprogramm möglich ist und gegebenenfalls darauf hinzuwirken, dass eine entsprechende Beantragung erfolgt. Dabei ist zu eruieren, ob es Sinn macht, für ganz Speyer schulübergreifend ein ernährungspädagogisches Konzept aufzulegen, um einerseits die Chancen zur Aufnahme in das Programm zu erhöhen, andererseits aber einen weiten einheitlichen Standard zu erreichen.

**Gegenstand: Überplanung des ERLUS-Geländes;
Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion vom 20.11.2009
Vorlage: 0116/2009**

Die Tagesordnungspunkte 8 und 9 werden gemeinsam behandelt.

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Beantwortung der FDP-Anfrage erfolgt wegen des Umfangs schriftlich, damit ist die Fraktion einverstanden.

Wortlaut der schriftlichen Antwort:

1. Steht das Gesamtkonzept noch im Einklang mit den UNESCO-Kriterien?

Die Bebauung des Erlus-Gebietes wurde hinsichtlich der Verträglichkeit mit dem Dom zu Speyer mit unterschiedlichen Behörden intensiv abgestimmt. Zum einen wurde die städtebauliche Planung der LB BW mit dem Gebietsreferenten Dr. Kerkhoff der Oberen Denkmalfachbehörde (Generaldirektion Kulturelles Erbe) erörtert. Gemeinsam wurden Planungsideen u. a. für das Umfeld der Direktorenvilla und für den Übergangsbereich zwischen den Hafenvillen und der neugeplanten Bebauung als Grünzäsur entwickelt, welche vollständig umgesetzt wurden. Von Seiten der Oberen Denkmalfachbehörde wurde die Erlus-Planung positiv mitgetragen. Zum anderen wurde das Sekretariat für das Welterbe in Rheinland-Pfalz im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur in Mainz mit in die Planung einbezogen. Der Beauftragte Herr Dr. Schüler-Beigang machte sich vor Ort ein Bild der jetzigen Situation und beurteilte die Planung der LB BW. Er kam eindeutig zu dem Ergebnis, dass die zurzeit vorliegende städtebauliche Planung für das Erlus-Gelände zu keiner Beeinträchtigung des Speyerer Doms führt. Von beiden Behörden wurde somit kein Konflikt mit den Erhaltungszielen der UNESCO gesehen. Darüber hinaus wurde die Planung auch Hr. Prof. Petzet, dem Präsidenten von „ICOMOS Deutschland“ (Deutsches Nationalkomitee des Internationalen Rates für Denkmalpflege), vorgestellt. Eine abschließende Beurteilung von dort liegt noch nicht vor.

2. Sind noch weitere Sichtschneisen im Wohngebiet einzuplanen?

Die Erforderlichkeit nach weiteren Sichtschneisen ergab sich nach der Abstimmung mit der oberen Denkmalpflege bzw. mit dem Sekretariat für das Welterbe nicht. Wichtig war die Schaffung einer Zäsur zwischen den Hafenvillen und der neugeplanten Bebauung. Hier sollte die vorhandene kleinteiligere Bebauung und der Baumbestand erhalten bleiben, um in der Stadtsilhouette ein „grünes Fenster zum Dom“ freizuhalten. Dieses Fenster war von den wichtigsten Blickachsen aus (insbesondere vom Leinpfad und vom gegenüberliegenden Ufer bzw. Rhein) sichtbar und hielt dort den Dom von einer höheren Bebauung frei.

3. Soll die 4-geschoßige Bauweise beibehalten werden?

Das bisherige Höhenkonzept (zuletzt im Bauausschuss am 17.06.2009 vorgelegt) sollte weiter beibehalten werden. Die Gebäude am Rhein waren mit 4 Geschoßen geplant; die dahinterliegenden Zeilengebäude sollten exakt die gleiche Gebäudehöhe (üNN) erhalten, aber aufgrund des tiefer liegenden Geländes mit 5 Geschoßebenen errichtet werden.

4. Passt der Erny-Büroturm überhaupt in das Konzept?

Aufgrund einer negativen Stellungnahme der oberen Denkmalfachbehörde wurde das private Bauvorhaben nunmehr abgelehnt. Das Gebäude wurde von der Generaldirektion Kulturelles Erbe als störender Fremdkörper in der ansonsten ruhigen und gleichmäßigen Bebauungsstruktur am Rheinufer angesehen.

Frage 5 erübrigt sich demnach.

Fragen zur Sicherheit bei Notfällen oder bei möglichen Katastrophen:

Grundsätzliche Vorbemerkung:

Die aktuelle Planung ging von 280 Wohneinheiten aus, was in der Regel ca. 750 neue Bewohner und nicht, wie von der FDP angenommen, „mehr als 1000“ bedeutet.

1. Ist die Zufahrt durch die Hochwasserschutzdämme für Rettungsfahrzeuge ausreichend sichergestellt?

Das gesamte Plangebiet sollte selbstverständlich für Rettungs- bzw. auch Ver- und Entsorgungsfahrzeuge voll erschlossen werden. Der bestehende Damm sollte an zwei Stellen geöffnet werden, so dass eine Ringschließung (keine „Sackgasse“) möglich ist. Details, wie z.B. Schleppkurven sollten im Zuge der Erschließungsplanung durch ein Ingenieurbüro in Abstimmung mit den städtischen Abteilungen festgelegt werden. Die bisherige Planung wurde eng mit der Feuerwehr und auch den Stadtwerken abgestimmt.

Die neue Hochwasserschutzlinie sollte zukünftig parallel zum Rheinufer verlaufen. Sollten Rettungsfahrzeuge oder z.B. auch Wartungsfahrzeuge des Wasser- und Schifffahrtsamtes einen Zugang zum Rhein oder Promenade benötigen, so war dies im Bereich um das Pegelhaus möglich. Hier war eine öffentliche Platzfläche geplant. Die Hochwasserschutzmauer wurde an dieser Stelle ausgesetzt; stattdessen sollten im Hochwasserfall Dammbalken verwendet werden.

2. Bestehen genügend Möglichkeiten für soziale Einrichtungen wie Kinderspielplätze oder Kindergärten?

Grundsätzlich erlaubt sowohl die Baustruktur, als auch die bauplanungsrechtliche Festsetzung als Allgemeines Wohngebiet und als Mischgebiet die Errichtung von sozialen Anlagen. Explizit waren aber keine öffentlichen Kindergärten oder Begegnungsstätten geplant. Hier wird auf die bereits vorhandenen Einrichtungen im Umfeld und insbesondere auch auf den KITA-Neubau am Mausbergweg verwiesen. Private Kinderspielplätze waren im ganzen Gebiet dezentral vorgesehen. Es war geplant, jeweils für die einzelnen Hofgruppen die, gemäß Landesbauordnung vorgeschriebenen Spielplätze zu erstellen. Im Bereich der Platz- und Grünfläche am Rhein in Verlängerung der heutigen Hafenstraße hätte auch ein öffentlicher Bereich mit einzelnen Spielgeräten geschaffen werden können.

3. Frage nach einem ausreichenden Hochwasserschutz. Muss eine zusätzliche Sicherheitsprüfung vorgenommen werden?

In Rahmen der Neuordnung des Erlus-Geländes sollte der Hochwasserschutz, welcher derzeit in Form eines Deiches entlang der Franz-Kirmeier-Straße verläuft, nach Osten an das Rheinufer verlegt werden. Somit würden nicht nur sämtliche neugeplanten Gebäude, sondern auch die vorhandenen Häuser bis zum 200-jährlichen Hochwasserereignis ausreichend geschützt sein.

Das Planfeststellungsverfahren zur Genehmigung der Schutzmauer ist zuständigkeitshalber von der SGD-Süd durchzuführen. Sofern eine Sicherheitsprüfung notwendig wäre, würde dies im Rahmen dieses Verfahrens eingefordert werden.

Hinsichtlich der Gefahren durch hochanstehendes Grundwasser beabsichtigte der Investor ein Gutachten zu erstellen, aus dem mögliche gebäudetechnische Schutzmaßnahmen abgeleitet werden könnten.

Frage nach der Möglichkeit, einer erneuten „Über“-Planung.

Die Beantwortung dieser Zusatzfrage erübrigt sich im Hinblick den nachfolgenden SPD-Antrag (TOP 9).

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

**Gegenstand: Überplanung des ERLUS-Geländes;
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.11.2009
Vorlage: 0132/2009**

Die Tagesordnungspunkte 8 und 9 werden gemeinsam behandelt.

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Zur Begründung des Antrages der SPD-Fraktion führt Herr Dr. Winterle aus, dass das Erlus-Gelände als Wohnbaugebiet ausgewiesen ist. Es geht der SPD nicht darum, eine Bebauung zu verhindern, sondern eine Optimierung für diesen neu entstehenden Stadtteil zu erhalten, der prägend für das Stadtbild der Stadt Speyer sein wird.

Weitere Konzepte des Investors, die der Verwaltung offenbar schon früher vorlagen, gingen den Fraktionen erst sehr spät zu, erfüllten jedoch auch die städtebaulichen Ansprüche nicht.

Daher ist ein Ideenwettbewerb durchzuführen. Dem Rheinkolleg ist es zu danken, dass die Diskussion wieder auflebt. Einzelheiten des städtebaulichen Wettbewerbs können unter Beteiligung des Rheinkollegs, der Architektenkammer und Herrn Prof. Fingerhut im Bau- und Planungsausschuss beraten werden, ohne dass dabei die Ideen verwässert werden. Er zitiert eine Ortsbeschreibung von August Becker aus dem Jahr 1857 und fordert, dieses Stadtbild zu erhalten.

Die SWG-Fraktion unterstützt durch Herrn Roßkopf den Antrag der SPD. Die Modalitäten des Wettbewerbs sollten im Bau- und Planungsausschuss festgelegt werden. Zu den Vorwürfen, es sei alles in Geheimkabinetten und -räten beschlossen worden, äußert er, es sei im Ausschuss eine Arbeitsgruppe gegründet worden, in der der Vertreter der SPD das erste Konzept fast kommentarlos durchgewunken hätte. Die SWG war damals die einzige Fraktion, die dazu einen Ratsantrag gestellt hatte und damit das Fraktions-Instrumentarium genutzt hat.

Laut Herrn Dr. Jung ist die CDU-Fraktion interessiert daran, dass eine Bebauung zustande kommt, die dem Standort gerecht wird und das Stadtbild bereichert. Er möchte einige Anmerkungen zu den polemischen Aussagen von Herrn Dr. Winterle anbringen, die mehr spalten als vereinen. Dieser tut so, als ob mit seinem Erscheinen als OB-Kandidat die Stunde Null eintritt, was eine vorausschauende Planung betrifft.

Zur Forderung nach der Einsetzung eines „Stadtbaudirektors“ äußert er, dass in der Planungsabteilung eine Reihe von Frauen tätig ist, die dort eine ausgezeichnete Arbeit leisten. Denen wird damit bescheinigt, dass alles nichts ist und sie erstmal einen Stadtbaudirektor brauchen.

Die "Rheinpfalz" hat sehr übersichtlich dargelegt, was seit den 90er Jahren alles zu diesem Gelände angedacht und vorgestellt, aber nie realisiert wurde. Die SPD ist nicht die erste, die einen Wettbewerb fordert. Eigentümer und Investor schlagen einen Hochbauwettbewerb vor. Die Architektenkammer schlägt einen Architektenwettbewerb vor, der Hochbau und Freiflächengestaltung umfasst und auch eine gewisse Modifizierung der Bauleitplanung zulässt. Das Rheinkolleg schlägt einen städtebaulichen Wettbewerb vor. Die SPD wiederum will einen „offenen Ideenwettbewerb“. Die CDU-Fraktion unterstützt einen städtebaulichen Wettbewerb, jedoch nicht das, was die SPD in ihrem schriftlichen Antrag vorhat.

Er verweist auf eine Richtlinie des Bundesbauministeriums für Bauwettbewerbe, wonach bei einem „Ideenwettbewerb“ eine Realisierung ausdrücklich nicht vorgesehen ist. Dies ist den Architekten mitzuteilen und das Preisgeld zu erhöhen. Eine lediglich bundesweite Auslobung ist mit großer Wahrscheinlichkeit rechtswidrig, da bei Überschreitung gewisser Schwellenwerte auf EU-Ebene ausgeschrieben werden muss.

Er formuliert daher einen Änderungsantrag der CDU: *"Für das Gebiet des ehemaligen Erlus-Geländes ist ein offener, städtebaulicher Wettbewerb nach Maßgabe der Richtlinie für Planungswettbewerbe des Bundesbauministeriums durchzuführen. Dieser soll dazu dienen, alternative Konzepte für die bauliche Nutzung des Geländes - einschließlich Freiraumplanung - und für die Aufstellung des Bebauungsplans zu finden. Die Anforderungen und Ziele des Wettbewerbs sind im Einzelnen im Bau- und Planungsausschuss zu klären. Dort ist auch zu klären, ob in den städtebaulichen Wettbewerb ein Hochbauwettbewerb einbezogen werden soll. In das Preisgericht ist ein Vertreter des Rheinkollegs zu berufen. Die Architektenkammer RLP soll bei der Vorbereitung und Durchführung des Wettbewerbs beteiligt werden."*

Dies soll eine stimmige Grundlage für den von allen Seiten gewollten Wettbewerb schaffen.

Herr C. Ableiter zeigt sich erfreut über die Änderung der Haltung der Blockparteien, ihre Vorstellungen auszudrücken. Die SPD-Fraktion hat das, was durch Herrn Dr. Jung dargestellt wurde, vermutlich so gemeint, aber untechnisch ausgedrückt. Die BGS-Fraktion stimmt einem solchen Verfahren zu. Es sollten auch Leute wie der Denkmalschutzbereich des BUND zu den Beratungen im BPA eingeladen werden.

Der Vorsitzende besteht darauf, die Jury-Bildung nach den Regelungen der Architektenkammer durchzuführen.

Herr Jaberg stellt fest, der Fall Erlus sei ein Beispiel dafür, dass sich die Mitglieder politischer Gremien manchmal mit den Unterlagen, die ihnen vorgelegt werden, überfordert fühlen. Herr Dr. Jung hat einen Vorschlag formuliert, dessen Inhalt er jetzt auch nicht so unmittelbar nachvollziehen kann. Deshalb schlägt er vor, den Antrag in den BPA zu verweisen und dort nochmals im Detail besprechen.

Herr Feinler bezeichnet die Äußerungen von Herrn Dr. Jung als parteipolitisches Geplänkel. Die SPD hatte damals im BPA bereits einen Wettbewerb gefordert, was vom OB mit der Begründung abgelehnt wurde, es handle sich um ein Privatgelände.

Dr. Wintterle erwidert auf die Ausführungen von Herrn Dr. Jung und dessen Umformulierung des SPD-Antrages, dass Polemik nie sein Ziel war. Für ihn ist wichtig, was hinten dabei herauskommt. Entscheidend ist, dass ein städtebaulicher Wettbewerb stattfindet, der nicht nur das engere Erlus-Gelände sondern auch das Gebiet außen herum umfasst. Er verbucht es als Erfolg, heute aus der Sitzung zu gehen und die dort geplante Bebauung in dieser Form verhindert zu haben. Der Investor will nach seinen Unterlagen auch nicht unbedingt einen Hochbauwettbewerb durchführen.

Herr Dr. Jung erwidert, die Aussagen aus der Haushaltsrede der SPD konnten nicht unwidersprochen bleiben. Es sollte ein korrekter, rechtlich haltbarer Beschluss gefasst werden. Auch im SPD-Antrag ist nur die Rede vom Erlus-Gelände.

Herr Hinderberger kritisiert, dass Herr Roßkopf seinen Namen als für die SPD zustimmendes Mitglied im Zusammenhang mit der Arbeitsgruppe des BPA nennt. Dort wurde lediglich mit dem Investor das besprochen, was aus den Fraktionen an Fragen zu dem Komplex kam, mehr nicht.

Herr C. Ableiter erklärt, eine Jury sei keine Blackbox, in die man vorne was reinwirft und bei der hinten etwas rauskommt, was gebaut wird. Deshalb sollte man alle jetzt aufgetretenen Experten im BPA hören, um den Preisgericht dann seitens des Rates klare Vorgaben machen zu können, was gewollt ist.

Herr Preuß möchte die Angelegenheit komplett in den BPA verweisen, wegen der Vielzahl von offenen Fragen. Er will an dieser Stelle keine Kampfabstimmung über die beiden Anträge.

Für Herrn Dr. Wintterle ist es am Ende egal, ob SPD oder CDU über dem Beschluss steht, Hauptsache wir bekommen einen Wettbewerb. Deshalb soll der Rat heute nur festlegen: wir wollen einen städtebaulichen Wettbewerb und es muss das Rheinkolleg beteiligt werden. Dazu sollte unbedingt auch Herr Prof. Fingerhut angefragt werden.

Frau Hintzen möchte zu den langatmigen Diskussionen, obwohl offenbar doch alle das Gleiche wollen, nur ein Wort sagen: „Männer!“

Beschluss:

Der Vorsitzende schlägt vor, das Gespräch mit der Architektenkammer Anfang Januar abzuwarten, wer alles in eine solche Kommission aufgenommen werden muss. Er hat keine Einwände, wenn das Rheinkolleg beteiligt wird. Er legt allerdings, im Hinblick auf Denkmalschutz und Unesco-Welterbe, auch Wert darauf, die Denkmalpflege als Fachbehörde einzubinden. Es soll eine Liste erarbeitet werden, die im Bau- und Planungsausschuss vorberaten werden kann. Die Fraktionen haben dann noch die Möglichkeit der Ergänzung von Mitgliedern neben den zwingend Gesetzten.

Der Rat solle heute vom Grundsatz beschließen, dass ein Wettbewerb durchgeführt wird.

In der zweiten Runde kann die Thematik dann im Bau- und Planungsausschuss in öffentlicher Sitzung vertiefend beraten werden. Von dort aus soll der Komplex - wegen der Wichtigkeit des Themas - über eine Beschlussempfehlung für den Rat zur abschließenden Beschlussfassung in öffentlicher Sitzung einmünden.

Diesem Vorschlag stimmt der Stadtrat einstimmig zu.

**Gegenstand: Baumaßnahmen Klosterschule;
Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 24.11.2009
Vorlage: 0124/2009**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Ist es richtig, dass der Einzugstermin am 08.01.2010 gefährdet ist und nicht alle Gebäudeteile fertig gestellt werden?

Dies ist nicht richtig. Lediglich die Sporthalle wird, wie mit der Schulleitung abgestimmt, nicht zum Einzugstermin fertig gestellt sein. Der Sportunterricht wird in den benachbarten Räumen des AV03 abgehalten.

Zu Frage 2: Welche Gründe gibt es für die Verzögerungen und wer hat diese zu vertreten?

Durch die Umplanung zu einer Passivhausschule wurde der Umzugstermin in die Herbstferien verlegt. Eine weitere Verzögerung um 8 Wochen ist durch die angefallene Mehrarbeit für die Maßnahmen des Konjunkturprogramms zu erklären.

Zu Frage 3: Welche Teile des Schulgebäudes sind von den Verzögerungen betroffen?

Siehe Beantwortung zu 1.

Zu Frage 4: Sind die Ausschreibungsunterlagen rechtzeitig erarbeitet worden und die entsprechenden Aufträge vergeben worden und gibt es einen darauf aufbauenden Bauzeitenplan?

Die Tatsache, dass die Schule wie vorgesehen bezogen werden kann, zeigt, dass die Vorarbeiten termingerecht erfolgt sind.

Zu Frage 5: In der Presse wird davon berichtet, dass die Heizungsanlage nicht rechtzeitig in Betrieb gehen wird. Liegt dies an der Installation der Heizungsanlage oder an den hierfür erforderlichen Bohrungen für die Erdsonden? Falls die Beheizung zunächst über mehrere mobile Elektroheizungen erfolgen muss, stellt sich die Frage, wer hier die immensen Kosten tragen muss und an wen diese weiter verrechnet werden können.

Die Erdwärmebohrungen waren bereits in KW 47 beendet. Die Anlage wird angeschlossen und eingestellt. Für die Bauarbeiten war es notwendig, schnell Wärme in die Räume zu bringen, da einige Arbeiten bei Kälte nicht zu erledigen sind. (Bodenbelags- und Malerarbeiten). Dafür wurde das "Hotmobil" der Stadtwerke an den Heizkreislauf angeschlossen. Dieses Hotmobil wird mit Öl betrieben und es war von Anfang an geplant dieses einzusetzen. Es sollte jedoch nach dem Bezug noch etwas vorgehalten werden, falls sich Regulierungsprobleme zeigen.

Zu Frage 6: Gibt es Planungsfehler bei der Konzeption der Schule, die zu nachträglichen Veränderungen der baulichen Situation führten (Höhenlagen der Waschbecken, fehlende Trennwand etc.) wodurch sind diese entstanden? Wer trägt hier die Mehrkosten?

Die Trennwand in der Sporthalle wurde erst nach Baubeginn durch die Schulleitung gefordert. Es ist nicht üblich in einer Einfeldhalle einen Trennvorhang einzubauen. Die Mehrkosten, von 70.000 € wurden vom Stadtrat beschlossen. Die falschen Höhen der Waschbecken sind tatsächlich durch einen Planungsfehler entstanden. Es wird derzeit geprüft, ob die Mehrkosten von etwa 2.000 € über Versicherungsleistungen abgedeckt werden.

Zu Frage 7: Gibt es einen verbindlichen Termin zur Fertigstellung des Gesamtgebäudes, welche Termine sind darin festgelegt?

Die Sporthalle soll bis Ende Februar fertig gestellt sein.

Zu Frage 8: Wird der genehmigte Kostenrahmen gehalten oder sind Mehrkosten zu erwarten, wer hat diese dann zu vertreten?

Der Kostenrahmen wird eingehalten.

Zu Frage 9: Warum wurden die Missstände dem Bau- sowie dem Schulträgerausschuss auf deren letzten Sitzungen nicht mitgeteilt?

Es gab keine Missstände

Die SPD-Fraktion will als Zusatzfrage wissen, warum gebrauchte Toiletten eingebaut werden sollten. Dies betraf nach Aussage der Verwaltung den Altbau des Altenheims mit den vorhandenen Toilettenanlagen, die an sich so hätten bleiben können.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

**Gegenstand: Herstellung höherer Verkehrssicherheit für Radfahrer in der Spaldinger Straße; Antrag der BGS-Stadtratsfraktion vom 23.11.2009
Vorlage: 0138/2009**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Hofmann begründet den Prüfungsauftrag der BGS-Fraktion nochmals mündlich und verweist darauf, dass Autofahrer im Nußbaumweg mit Blickrichtung Süden bereits zu 2/3 auf dem Radweg stehen, bevor sie den Verkehr in der Spaldinger Straße einsehen können.

Herr Hinderberger zeigt sich dankbar für diesen Antrag. Die Radwegesicherheit war bereits Thema bei einer Begehung im Zuge des Projekts Soziale Stadt. Eine Prüfung wurde damals zugesagt. Allerdings scheint eine Entschärfung dieser signifikanten Stelle ausgesprochen schwierig.

Herr Hofmann bittet darum, dass die antragstellende Fraktion eingeladen wird, wenn eine Verkehrsschau durchgeführt werden sollte.

Der Vorsitzende schlägt eine Verweisung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr vor.

Beschluss:

Der Stadtrat verweist den Antrag der BGS-Stadtratsfraktion einstimmig zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

**Gegenstand: Auslobung und Durchführung eines Fassadenwettbewerbs;
Antrag der SWG-Stadtratsfraktion vom 03.12.2009
Vorlage: 0140/2009**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Preuß führt in seiner mündlichen Begründung des Antrages aus, dass die SWG-Fraktion das Thema wieder ankurbeln und Anreize für Hauseigentümer schaffen wollte. Er ist mit einer Verweisung in den BPA einverstanden.

Für die CDU-Fraktion ist es laut Herrn Dr. Jung ein besonderes Anliegen, eine energieeffiziente Ausführung der Gestaltung zu berücksichtigen. Deshalb sollten auch die Stadtwerke in eine solche Jury aufgenommen werden.

Beschluss:

Der Antrag der SWG-Fraktion wird einstimmig in den Bau- und Planungsausschuss zur weiteren Beratung verwiesen.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13

**Gegenstand: Novellierung der Altstadtsatzung;
 Antrag der SWG-Stadtratsfraktion vom 03.12.2009
 Vorlage: 0141/2009**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Preuß führt in seiner mündlichen Begründung aus, dass die Verordnung von 1975 in vielen Bereichen novelliert, den neuen Gegebenheiten angepasst und der Geltungsbereich etwas erweitert werden sollte. Die SWG-Fraktion ist mit einer Verweisung in den Bau- und Planungsausschuss einverstanden.

Herr Feinler sieht in einigen Teilen noch Ergänzungsbedarf, unterstützt für die SPD-Fraktion aber diesen Antrag der Wählergruppe und dessen Beratung im Fachausschuss.

Beschluss:

Der Antrag der SWG-Fraktion wird einstimmig in den Bau- und Planungsausschuss zur weiteren Beratung verwiesen.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14

**Gegenstand: Stärkung des Jugendschutzes in Spielhallen und Wettbüros;
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 03.12.2009
Vorlage: 0145/2009**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

In der mündlichen Begründung führt Frau Seiler aus, dass die Fraktion einen Vorschlag der Jusos aufgegriffen hat, unter Beteiligung der Fachkraft für Glücksspielsucht bei der Jugend- und Drogenberatungsstelle "Nidro" die Spielhallen und Wettbüros in Speyer auf Einhaltung des Jugendschutzes zu überprüfen.

Herr C. Ableiter unterstützt für die BGS-Fraktion diesen Antrag und weist darauf hin, dass andere Städte sehr restriktiv mit solchen Büros umgehen.

Herr Jaberg gibt zu bedenken, dass diese Spielhallen die Basis für anderweitiges Suchtverhalten schaffen.

Nach Auskunft von Herrn Beigeordneten Scheid gibt es in Speyer derzeit keine Wettbüros mehr, die Einrichtungen bestehen zwar weiter, jedoch mit anderen Aktivitäten. Spielhallen existieren jedoch einige.

Herr F. Ableiter bittet doch um Überprüfung dieser Spielhallen, weil ihm immer wieder sehr junge Leute auffallen, die er aus diesen Einrichtungen kommen sieht.

Der Vorsitzende informiert, dass eine Überprüfung des Fachbereichs Bauwesen zusammen mit dem Ordnungsamt derzeit läuft.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wird einstimmig angenommen.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15

**Gegenstand: Fußweg im Neubaugebiet Rheinufer-Nord;
Antrag der SWG-Stadtratsfraktion vom 08.12.2009
Vorlage: 0147/2009**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Preuß begründet den Antrag nochmals kurz und ist mit einer Verweisung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr einverstanden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass bei den Beratungen im Fachausschuss auf eine ganze Reihe bestehender Probleme wie z.B. die fehlende Beleuchtung oder den unbeschränkten Bahnübergang eingegangen werden muss.

Beschluss:

Der Antrag der SWG-Fraktion wird einstimmig in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr zur weiteren Beratung verwiesen.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

Gegenstand: Neufassung der Vergnügungssteuersatzung
Vorlage: 0095/2009

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die von der Verwaltung vorgelegte Neufassung der Satzung der Stadt Speyer über die Erhebung von Vergnügungssteuer.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 17

Gegenstand: Jahresrechnungen 2008 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung
Vorlage: 0136/2009

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Boiselle-Vogler übernimmt die Sitzungsleitung nach § 12 der Geschäftsordnung und übergibt das Wort an den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Wagner.

Dieser spricht der Stabsabteilung Rechnungsprüfung zunächst seinen Dank für die bestens aufbereiteten Unterlagen aus. Positiv wirkt sich auch die begleitende Prüfung sowie die Visakontrolle der Stabsstelle bereits vor der Kassenwirksamkeit aus. Für das Rechnungsjahr 2008 wurde nur eine verkürzte Prüfung wegen des Beginns der Prüfungsarbeiten für die Eröffnungsbilanz durchgeführt. Dieser Vorgehensweise hat der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung vom 05.02.2009 zugestimmt.

Bei den Prüfungsfeststellungen handelt es sich um die üblichen Kleinbeanstandungen wie Differenzen bei der Inneren Leistungsverrechnung, über- und außerplanmäßige Ausgaben, Skontoverluste und Ähnliches. Die Auswirkungen der Beanstandungen fallen gegenüber dem Gesamtvolumen des Haushaltes aber nicht gravierend ins Gewicht. Intensiver diskutiert wurde die Abgrenzung zwischen Herstellungs- und Erhaltungskosten, z.B. bei Baumaßnahmen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat dem Rat in seiner Sitzung vom 02.11.2009 einstimmig empfohlen, die Rechnungsabschlüsse zu beschließen sowie für Stadt und Stiftungen Entlastung zu erteilen.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig,

- a) die Jahresrechnungen der Stadt und der Stiftungen für das Haushaltsjahr 2008 mit den festgestellten Abschlussergebnissen zu beschließen und
- b) dem Oberbürgermeister und den Beigeordneten sowie den Vorständen der Bürgerhospital-, der Waisenhaus- und der Kolbstiftung für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt und der Stiftungen im Haushaltsjahr 2008 Entlastung zu erteilen.

Herr Oberbürgermeister Schineller, Herr Bürgermeister Brohm und Herr Beigeordneter Scheid haben an der Beratung und der Abstimmung nicht teilgenommen.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 18

Gegenstand: Konjunkturprogramm II - Neubau einer Judosporthalle in Speyer
Vorlage: 0133/2009

Die Vorlage und die ergänzende Tischvorlage sind dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorbesprechung im Kreis der Fraktionen, aus der die ergänzende Tischvorlage entstanden ist. Als Änderung bittet er in Ziffer 5. um Streichung der zeitlichen Befristung "bis 2015", da dies mit dem JSV so nicht besprochen war.

Herr Dr. Jung hinterfragt zu Punkt 5 (Photovoltaikanlage), warum die Einspeisevergütung dem Verein nur "zunächst" zustehen soll, wenn der JSV die Anlage doch selbst bezahlt. Herr Hinderberger ist der Auffassung, dass dieses "zunächst" stehen bleiben könnte, da bei einer Änderung der Situation immer noch neu verhandelt werden kann.

Beschluss:

Aufgrund der Sitzung vom 15.12.2009 mit den Fraktionen und dem Judo-Sportverein (JSV) beschließt der Stadtrat - abweichend von der Verwaltungsvorlage Nr. 0133/2009 - einstimmig Folgendes:

1. Die Stadt Speyer baut auf dem Grundstück des ehemaligen Hallenbades (Butenschönstr. 8/Pl.Nr. 2765/3) eine Judosporthalle.
2. Die Gesamtkosten werden auf 3 Mio. Euro begrenzt.
3. Die Finanzierung erfolgt durch einen Zuschuss in Höhe von 2,2 Mio. Euro und einem zinslosen Darlehen in Höhe von 800.000,- Euro aus dem Konjunkturprogramm II. Dieses ist ab dem Jahr 2012 in 4 Jahren mit vierteljährlichen Raten in Höhe von 50.000,- Euro zu tilgen.
4. Unter der Voraussetzung, dass der Judosportverein Hallenkapazitäten von mindestens 30 Wochenstunden in der Sporthalle des Doppelgymnasiums sowie die Wochenendbelegung in der Osthalle frei macht und der Verpflichtung zur dauerhaften Zahlung eines Nutzungsentgelts in Höhe von 4.000,- Euro/mtl. zur Darlehenstilgung an die Stadt bis 2031 nachkommt, gewährt die Stadt dem Judosportverein ein Dauernutzungsrecht.
5. Die Einspeisevergütung nach EEG für die Fotovoltaik-Anlage bzw. etwaige Mieterträge aus der Vermietung der Dachfläche erhält der JSV. Bei Änderungen der Rechtsverhältnisse muss hierüber erneut entschieden werden.
6. Die Stadt trägt die laufenden Kosten für Wasser/Abwasser/Strom und Wärme sowie den laufenden Bauunterhalt.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 19

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 0110/2009

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Ausschussumbesetzungen:

1. Jugendhilfeausschuss:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Jugendhilfeausschuss (12.)	beratendes Mitglied für den Bereich Stadtjugendring: Christof Specht Zum Riegel 4 67346 Speyer	-

2. Seniorenbeirat:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Seniorenbeirat (17.)	weitere stimmberechtigte Mitglieder Gewerkschaften Ver.di Bernd Koczkowiak Farrenturmstraße 11 67346 Speyer für: Erwin Schuster	(unverändert)

3. Schulträgerausschuss:

Schultyp	Mitglied	Stellvertreter (in)
Grundschulen	Gabriele Selinger (Klosterschule)	Günter Zimmermann (Siedlungsschule GS)
Hauptschulen	Hermann Steegmüller (Burgfeldschule)	N.N.
Förderschulen	Peter Schmid (Schule Im Erlich)	Gerlinde Arens (J.-H.-Pestalozzischule)
Realschule	Doris Klippert (RS im G.-F.-Kolb-Schulzentrum)	N.N.

Gymnasien	Erich Clemens (F.-M.-Schwerd-Gymnasium)	Dr. Peter Zimmermann (Gymnasium am Kaiserdom)
Berufsbildende Schule	Robert Wunn (Berufsbildende Schule)	N.N.
Elternschaft	Peter Fischer Luitpoldstraße 47 67166 Otterstadt	N.N.
Schülerschaft	Angelina Steber Untere Langgasse 23 67346 Speyer	Jennifer Kompter Von-Denis-Straße 6 67346 Speyer

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 20

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 0146/2009

Die Vorlage und die ergänzende Tischvorlage sind dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteile des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 17.12.2009

4. Sitzung des Stadtrates 17.12.2009 **Werner Schineller**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!